

Saale-Beitung.

Hinundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die **Geplatzte Kolonialzeitung** über deren Raum mit 30 Pfg., welche aus Berlin mit 20 Pfg. berechnet und in untern Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Kleinen die Zeit 75 Pfg. für Halle, auswärts 1 M.

Ercheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Verwaltung: **Halle, Deutscher Platz 17; Reichsgerichtshof, Platz 24.**

Bezugspreis

für Halle vierteljährlich für zweimaliges Zustellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., auswärts Zustellungsgeld. Bestellungen zu werden von allen Buchhandlungen angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung“ eingetragen. Für Anzeigen eingehende Namntilche sind ohne Gewähr abzunehmen. Abdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Bl.“ gestattet.

Hauptredakteur der Redaktion **Hr. 1140;** der Anzeigen-Abteilung **Hr. 170;** der Abonnementsabteilung **Hr. 1133.**

Nr. 63.

Halle a. S., Dienstag, den 7. Februar.

1911.

Die 2. Lesung des Gerichtsverfassungsgesetzes.

Deutscher Reichstag.

120. Sitzung, Montag, den 6. Februar, 1911.

Am Tische des Bundesrats: **Dr. Delbrück, Dr. Visco, Dr. von Tschudendorff.**
Präsident **Graf Schwerin-Löwitz** eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 25 Minuten.

Die **Interpellation Graf Kanitz** über die fremden Wertpapiere steht an erster Stelle der Tagesordnung.
Staatssekretär Dr. Delbrück: Ich bin bereit, die Interpellation zu beantworten. Ich werde aber Anfang nächster Woche zu dem Thema, nach dem Tag dem Herrn Präsidenten rechtzeitig mitteilen.

Die Interpellation wird infolge dessen von der Tagesordnung abgehängt.

Die zweite Lesung des Gerichtsverfassungsgesetzes.

Berichterstatter ist **Abg. Dr. Heinze.**
Es wird sofort in die Einzelberatung eingetreten. Die Kommission hat ihm die Bestimmung eingefügt: Die Zustellung zur Vorbereitung für den Justizdienst darf nicht vom Nachweis eines bestimmten Vermögens oder Einkommens abhängig gemacht werden. Die Sozialdemokraten beantragen hinzuzufügen:

„Ebenjoniem darf die Zulassung von der politischen oder konfessionellen Gesinnung oder Betätigung des sich zur Aufnahme in den Vorbereitungsdienst Meldenden abhängig gemacht werden.“

Ferner beantragen die Sozialdemokraten folgenden § 3: Die Entfernung aus dem Vorbereitungsdienst darf nur auf Grund eines Disziplinargesetzes erfolgen.
Abg. Braunermann (Sp.): Wir wünschen, die rüchre Verabschiedung der Vorlage und Lehnen alle Anträge, die über die Kommissionsbestimmungen hinausgehen, ab.

Abg. Stadthagen (Soz.): Was wir fordern, sollte eigentlich selbstverständlich sein! Aber wir sind gegen die Praxis der Justizverwaltung mitzutunig geworden. Die Zugehörigkeit zur jüdischen Konfession ist oft der Grund zu behauerlichen Zurücksetzungen. Jüdische Richter avancieren nicht, jüdische Staatsbürger werden weder Geschworenen noch Schöffen. Ein tüchtiger jüdischer Kammergerichtsrat wurde wegen seines Glaubens nicht Präsident, obwohl er die gescheiteste Persönlichkeit war. Das ist eine Schmach, eine rückwärtige Betätigung. Alle Parteien sollten sich darüber einig sein. Ein erklärtermaßen Oberlandesgerichtspräsident wird keine liberalen Einwanderer annehmen. Fragen Sie nur den **Abg. Wagner** aus Laibach, der kann ein Lieb davon singen. Und wie viele Leute ändern nicht ihre politische Anschauung im Alter. Denken Sie daran, wie der Minister n. Krieger sich rückwärts entwickelt hat. Die Rechtspflege wird dem Volke immer mehr entzogen und politische Gesinnungsrichter in die Rechtspflege hineingetragen. Wohin das führt, haben wir ja jetzt wieder erfahren, als jenes schauerliche Urteil im Eisener Meinesprozess wieder aufgehoben wurde. Dazu wäre es gar nicht gekommen, wenn von vornherein, dem Vorbereitungsdienst an, Achtung vor der Überzeugung, vor der Charakterfestigkeit und auch vor der Religion geübt würde.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Sp.): Wir können der Kommissionsfassung, die ungewissheit einen Fortschritt gegenüber den bisherigen Bestimmungen enthält, zu und sind auch mit den Anträgen der Sozialdemokraten einverstanden. Eigentlich enthalten diese Anträge etwas Selbstverständliches. Aber es ist vielleicht in diesem Falle ganz gut, das Selbstverständliche zu unterstreichen, weil man sich in der Praxis oft nicht daran erinnert. Es ist doch sehr bedauerlich, daß in den Personalbogen der Referendare eine Spalte für die Religion enthalten ist, worin auch ein eventueller Religionswechsel eingetragen ist. (Hört! Hört! links.) Das steht doch aus wie Profektionsmacher oder Beschönigung für Religionswechsel. (Sehr richtig! links.) Kamentlich auch die Herren vom Zentrum, die in sogenannten Telegenantrag eine ähnliche Bestimmung mit Nachdruck unterstüzt haben, müßten für diese Anträge stimmen. (Beifall links.)
Abg. Dr. v. Drenthowski-Pomian (Folk): Gegen das Prinzip des sozialdemokratischen Antrages kann nichts eingewendet werden. Für uns Polen ist die Zustimmung selbstverständlich. Glaubt man denn, daß das Deutsche Reich zugrunde geht, wenn auch polnische Richter angeheilt werden?

Abg. Weitzel (Ztr.): Wir lehnen den sozialdemokratischen Antrag ab. Was der Antrag will, steht bereits im Gesetz; wenn auch nicht im Gerichtsverfassungsgesetz, so doch in den Verfassungen aller Bundesstaaten. In allen Verfassungen wird klar zum Ausdruck gebracht, daß lediglich der Grundlag der Befähigung maßgebend sein darf.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Sp.): Die Verfassungen enthalten nur die allgemeinen Grundzüge, nach denen die Gesetze ausgearbeitet werden sollen. Es wird häufig vergessen, die Verfassungen nachzuschlagen und deshalb schreibt es nichts, wenn diese Bestimmungen in das Gesetz hineingetragen werden.

Abg. Heinze (Soz.): Schon um eine Berücksichtigung unserer Forderungen zu verdienen, sollte man möglichst aus allen Kreisen Annahmer zustimmen. Die Justiz darf kein Privilegium für reiche Leute sein.

Abg. Dr. Heinze (Natf.): Wir sollten über den Rahmen der Rede nicht hinausgehen. Sie will nur bestimmte und besonders dringliche Materien regeln. Auch sozialdemokratische Referendare wurden selber zugelassen. Inwiefern ist der sozialdemokratische Antrag überflüssig. Er geht über zu weit, wenn er auch Freiheit in der politischen Betätigung verlangt. Diese Betät-

igung darf immer nur in gewissen Formen erfolgen. Die Annahme dieses Teils des sozialdemokratischen Antrages würde die Freigabe einer unerhörten und maßlosen politischen Betätigung sein. Unter Abschmung aller Währungsansprüche werden gegen die Stimmen der Richten und der Polen die Beschlüsse der Kommission bekräftigt.

Zum § 8 liegt ein sozialdemokratischer Antrag vor, daß Richter wider ihren Willen nur kraft richterlicher Entscheidung ihres Amtes enthoben und in den Ruhestand versetzt werden können. Auch solchen Richter wider ihren Willen nicht an eine andere Stelle versetzt werden können.

Abg. Heinze (Soz.): Gerade die Vorgänge der letzten Zeit rechtfertigen die Annahme unseres Antrages. Ich erinnere nur an das Verhalten des preussischen Justizministers gegenüber dem Vorsitzenden des Moabiter Schwurgerichts, Landgerichtsdirektor **Unger** ist von Herrn **Weseler** regelrecht vernommen worden. (Hört! Hört! links.)

Wo ist übrigens Herr Weseler?

Er fehlt im Reichstag, wenn die preussische Justiz hier zur Debatte steht. In dieser Beziehung ist er seinen Vorgängern ein würdiger Nachfolger. Was in den Moabiter Prozessen an zifferner und vorerklärte Beschlüsse in Kauf genommen worden ist, war bisher unerhört. (Sehr richtig! links.) Die Richter und Geschworenen fanden uns politisch gewiß nicht nahe. Sie sind wohl auch in die Prozesse hineingekommen unter dem Eindruck, daß eine sozialdemokratische Revolution in Moabit vor sich gegangen wäre. Aber die Stimmung wandelte sich zusehends. Die Gerichte waren blind und taub gegen die Worte, die von dieser Stelle aus ihnen diktiert wurden. Was soll man dazu sagen, wenn der höchste Beamte des Reiches hier einem jugendlichen Gericht sagt: Die Polizeibeamten haben nur zu ihre Subjektivität geist. Mit einer Schärfe, die nur auf einer Einseitigkeit des Kollegiums beruhen kann, hat das Moabiter Gericht festgestellt, daß die Polizei sich eine große Zahl von Überlieferungen hat zu Schulden kommen lassen. Nun reißt sich der Justizminister damit heraus, er habe den Landgerichtsdirektor **Unger** nicht zur Rede gestellt, sondern nur erfahren wollen, wie er sich jene Rechtsbeugung kontrahiert habe. Wo bleibt da die Unabhängigkeit der Richter? Es kann einem Landgerichtsdirektor nicht gleich sein, wenn er vom Justizminister in dieser Weise formiert wird. Diese Kontramierung ist eine Einschüchterung der Richter, die bei den besten Richtern eine wahre Enttäuschung hervorgerufen hat. Unser Antrag will ähnlichen Zuständen für die Zukunft vorbeugen. (Beifall bei den Soz. und Freiwiltingern.)

Staatssekretär Dr. Visco: Das Abgeordnetenhaus berät heute den Justizetat, und der Justizminister kam nur hier oder dort anwesend sein. Er konnte aber auch nicht erwarten, daß diese Sache heute hier zur Sprache kommen würde. Er mußte aber annehmen, daß die Angelegenheit im Abgeordnetenhaus beim Justizetat erörtert werden würde. Darum mußte er sich informieren. Der Justizminister weiß wohl, daß die Rechtsbeugung in seiner Weise zum Gegenstand eines Angriffs gemacht werden kann. Von diesem Standpunkt aus werde ich mich hüten, auf diese Frage hier weiter einzugehen. Der Vorwurf, daß der Reichstanzler nun hier aus eine ungescheitete Beeinflussung des Richterstandes verjagt hat, ist unberechtigt. Der Reichstanzler steht viel zu hoch, als daß er etwas darriges verjagen sollte. (Rufe links: sollte er! Er denkt gar nicht an derartige Dinge. Er hat auch nicht behauptet, daß die Polizei nur ihre Pflicht getan habe. Er hat gesagt: Solchen Vorwürfen steht das öffentliche Ansehen entgegen, daß die Polizei ihre Pflicht getan habe. Es hat sich nachher erwiesen, daß nicht nur einzelne Mitglieder, sondern mehrere vorgekommen sind, daß der Reichstanzler damals noch nicht gekannt hat. Die Behauptung, daß der Justizminister und der Reichstanzler irgend einen Richter in ungescheitlicher Weise beeinflusst hätten, muß ich auf das Entschiedenste zurückweisen. (Beifall rechts.)

Abg. Heinze (Soz.): Schon damals, als der Reichstanzler sich hier äußerte, war eine ganze Reihe von Gewalttaten von Schutzleuten nachgemeldet. Wenn da der Reichstanzler nichts Befehres zu tun wußte, als die Beamten zu loben, so ist das eine ganz evidente Beeinflussung der Gerichte. Wäre die Entrüftung der bürgerlichen Kreise uns nicht zur Hilfe gekommen, dann hätte Moabit ein zweites Ems werden können. Der preussischen Angelegenheit ist das jedenfalls nicht zu danken. Sie hat Kräfte angewendet, die man, wenn die ein Reichstanzler getan hätte, als allgemeine Anstandsregeln bezeichnen hätte. Die Behörden vom Justizminister bis zum Ministerpräsidenten hinauf, vom Polizeipräsidenten bis zum Schatzkammerminister, haben so gehandelt, daß sie niemand hindern konnten, zu denken, daß sie die richterliche Unabhängigkeit nicht gewollt haben. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Wagner (F.): Wenn den Sozialdemokraten ein Gerichtsamt nicht geht, dann tritt ihnen die Pflicht darauf los. Der preussische Justizminister hat nur seine Pflicht getan. Der sozialdemokratische Antrag will die Richter den Landgerichtsräten in bezug auf Unabhängigkeit gleichstellen. Die Reichsgerichte sind die Auslese aus den besten. Bei den anderen Richtern muß aber mit menschlichen Schwächen gerechnet werden. Soll ein Mann Richter bleiben, der Trinter ist und täglich im Anstehen liegt?

Abg. Stadthagen (Soz.): Im Falle Unger liegt direkt eine Fragestellung vor. Die Behauptung von der Unabhängigkeit der Richter ist ein Märchen, solange die Disziplinargesetze bestehen.

Abg. Dr. Wink (Sp.): Man sollte keine Prozesse zu politischen Stempeln, die es nicht sind. Das gilt auch von Moabit. Der Reichstanzler und der Justizminister haben sich bei ihrer Leugnung die Tragweite nicht klar gemacht. Der Justizminister hätte sich im Abgeordnetenhaus der angegriffenen Richter ebenso annehmen sollen, wie der Minister des Innern die Landräte rettetigt hat.

Als der Berichterstatter **Abg. Dr. Heinze (nl)** sich energig gegen die sozialdemokratischen Anträge ausspricht, erheben die **Abg. Dr. Müller-Meinungen (Sp.)** und **Leubow (Soz.)** Widerspruch. Der Berichterstatter habe nur darüber zu berichten, was in der Kommission gesehen sei. Die **Abg. Dr. Weitzel (Zentrum)**, **Baermann (nl)**, **Dr. Wagner (F.)**, **Gröber (Ztr.)** und **Wiespränger (Soz.)**, erklären übereinstimmend, daß der Berichterstatter seine Befugnisse keineswegs überschritten habe. Die sozialdemokratischen Anträge werden abgehängt, § 8 bleibt unverändert.

Abg. Stadthagen (Soz.) beantragt einen § 9a, wonach zum Richter nicht ernannt werden kann, wer länger als 5 Jahre ein Verwaltungsamt oder das Amt eines Staatsanwalts bekleidet hat. Ferner soll den Richtern die Annahme von Orden und Titulaturen verboten sein.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Sp.) wendet sich gegen den ersten Teil des sozialdemokratischen Antrages. In Bayern habe man mit dem Wechsel zwischen Verwaltungs-, Staatsanwalts- und Richterstellen die besten Erfahrungen gemacht. Der Redner empfiehlt einen Antrag seiner Partei, wonach Richter neue Orden mit Ausnahme der Ehrenzeichen für kriegerische Verdienste und Rettungsmedaillen nicht annehmen dürfen, bereits erhaltene aber weiterführen können.

Sämtliche Anträge werden abgehängt. Das Haus vertagt sich. Weiterberatung Dienstag 1 Uhr.

Deutsches Reich.

Die Kaligelder und der Bund der Landwirte.

Bei der in preussischen Abgeordnetenhaus kürzlich gepflogenen Debatte über die eigenartigen Beziehungen zwischen dem Kaligeld und der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft bzw. dem Bund der Landwirtschaftlichen Korporationen gegen die Angriffe des Reichstanzlers Sorholt veröffentlichte Erklärung zur Verlegung gebracht, weil, wie der Bundesdirektor sagte, tatsächlich niemand im Lande sei, das Verhältnis zwischen den beteiligten Faktoren korrekter darzulegen, als die Interessenten selbst. Was es mit dieser „Korrektheit“ auf sich hat, das erzählt man nunmehr aus der Antwort, die Prof. Sorholt im Berliner Tageblatt“ den Unterzeichnern der Erklärung erteilt.

Schonungslos werden darin die Verteidigungsversuche zerpflegt, und noch mehr als bisher wird es offenbar, wie schlecht die betreffenden Korporationen die Interessen der deutschen Landwirte gewahrt haben. Um nur einen der Hauptpunkte herauszugreifen, so hob die Erklärung der Korporationen, um die Verteuerung des Kalk für die Landwirte und den eigenen hohen Gewinn zu begründen, hervor, daß das Kaligeld die Gleichstellung des Handels mit den landwirtschaftlichen Organisationen verlangt habe, und daß die letzteren sich eben damit abfinden müßten. Demgegenüber verwirklicht Sorholt darauf, daß jene Gleichstellung erst durch das Kaligeld angeordnet, aber im Kaligeldvertrag am 4. Februar 1910 nicht erreicht worden ist. Die Händler seien allerdings hinsichtlich der Verkaufsprovisionen, aber praktisch ganz wertschöpfend, den landwirtschaftlichen Agenturen gleichgestellt worden. Sie erhielten denselben Kalk, warum das Kaligeld die Handelsunternehmungen erst bei einer Jahresabnahme von 1000 Magazinalungen Kalk mit 300 Magazinalungen vierprozentigen Salzes, und sie durften sich nicht zu einem Großabnehmer vereinigen. Sie erhielten teils Propaganda-gelder, und ihren Abnehmern durften sie nur einen geringeren Preis nachhaken als die Körperlichkeiten gewähren. Die landwirtschaftlichen Verkaufsagenturen dagegen erhielten neben den Propagandageldern eine höhere Verkaufsprovision als bisher, und sie müßten ihren Abnehmern einen größeren Nachhaken als die Händler, aber einen geringeren als bisher, gewähren. Daraus geht hervor, daß die Händler unter allen Umständen teurer verkaufen müßten; das große Kaligeld aber mußte in den Händen der landwirtschaftlichen Verkaufsagenturen bleiben. Daher die Verteuerung für die Landwirte und die Gewinnverdoppelung für die landwirtschaftlichen Organisationen!

Weiter wirft Sorholt die Fragen auf, wie groß die Summen waren, die den landwirtschaftlichen Körperlichkeiten zugeflossen sind, mer die Werbenden nicht, was die Gebote verwertet worden sind, und vor allem, wie Sorholt beantwortet die Fragen teilweise selbst und meint, daß die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft gewiß noch am meisten die Gelder zu Dünungs-zwecken und dergleichen verwendet habe, aber von den Dünungsverleuten des Bundes der Landwirte sei noch nichts in die Öffentlichkeit gedrückt. Herr Diederich Hahn hat freilich in seiner Rede im Abgeordnetenhaus auf die „prekäre finanzielle Verhältnisse der Mitglieder“ verwiesen, aber er hat doch noch selbst damit zugestanden, daß der Bund für die „Verwurkung“ noch keinen Fennig des erhaltenen Geldes ausgegeben hat; das bekommen nach Herrn Hahns eigenem Geständnis die Presse und die Redner des Bundes, die draußen in der Schweige ihres Angehens für Kalk Propaganda machen und sich ganz nebenbei auch noch mit Politik befassen. Wir meinen die Defektivität hat ein Recht, zu erfahren, wie hier die Dinge eigentlich liegen.

Die Stimmung des Papstes.

Nach der Stimmung des Papstes wird der „Kos. Ztg.“ von besonderer Seite aus Kam geschrieben: Der Papst verharret in der Frage des Antimodernismus.

eides auf seinem schroffen Standpunkt. Es werden aber im Laufe der nächsten Woche Kräfte mobil gemacht werden, um Kapit Pius das Unwesentliche neuer Herausforderungen an einzelnen Beispielen zu demonstrieren. Ein ganz hervorragend guter Beurteiler der vorkommenden Verhältnisse, ein geistlicher Würdenträger lagte mir: Der Paktan selbst führt Konflikte mit der preussischen Regierung auf jede Weise aus dem Wege zu gehen. Denn man fürchtet nicht zugunsten des katholischen Pressens antizipieren und auf andere Hindernisse antizipieren werden können. Nur bezüglich Pagners fühlt man sich sicher, da hier die Herrschaft des Zentrums den Spruch des Kapitels die gehörige Resonanz verleiht würde. Pius X. vertritt nach wie vor den Standpunkt, daß das Zentrum auf in Preußen dazu da ist, dem Brief an den Kardinal Frischer den nötigen Nachdruck zu verschaffen. Viel besprochen wird ein Auspruch des Kapitels. Ein deutscher Bischof, der die Sache des Zentrums vor ihm zu führen hat, meinte, es dürften nicht allzu viele Professoren abberufen gemacht werden. „Dann werden wir einfache Priester auf die Katheder setzen, und die werden ihre Sache besser machen als alle hypergelehrte Professoren, die den Hochmut im Vergeßen tragen“ war die zähe Antwort des Kapitels. Die Ablehnung des Paktans ist in Würtemberg ein wenig anders. Mächtigere katholische Kräfte, von einem württembergischen Geistlichen geschrieben, sind von etwa 10 Barrern verweigert worden, also noch mehr Geistlichen als im übrigen Deutschland und Oesterreich-ungarn zusammen.

Die Kommission für das neue Strafgesetzbuch.
In die Kommission für das neue Strafgesetzbuch sind berufen worden die Professoren Kahle-Berlin, Franz-Lübigen, v. Hippel-Göttingen, Senatspräsident Lindenberg-Berlin, Justizrat Leonhard Friedmann-Berlin, Rechtsgerichtsrat Cbermayer-Leipzig. An Stelle des Präsidenten Lindenberg, der auf ein Jahr beurlaubt ist, wird von dem Vorsitz im ersten Strafenrat des Kammergerichts Geheimer Justizrat K r o n e d e r geführt.

Für Lotterietickets.
Die „Nordde. Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die Lotterie, die in der ersten Klasse der eben begonnenen 22. Königlich Preussischen Klassen-Lotterie nach dem neuen Doppelsystem die besten Hauptgewinne von je 50 000 Mark der Staatskasse zugefallen sind, hat unter den Spielern eine gewisse Anziehungskraft gefunden, und es ist im Anschluß daran in verschiedenen Tageszeitungen die Frage erörtert worden, ob es zu billigen ist, daß die sogenannten Freilose für Rechnung der Lotterieleute mitgeteilt werden. Nach dem Lotterieleute, der für das Vertragsverhältnis zwischen den Spielern und der Staatskasse nachzugehen ist, ist zunächst kein Zweifel, daß das Mitspiel zu Recht erfolgt ist. Denn der Lotterieleute enthält darüber eine ausdrückliche Bestimmung. So ist es jedem von jeher gewesen. Alsdann liegt aber auch für die Spieler in diesem Mitspiel überhaupt kein Grund zur Beschwerde, da der Staat die erforderliche Anzahl von Losen in den Vorkäufen nur deshalb zurückbehält und bis zu ihrer Ausgabe für eigene Rechnung spielt, um den Gewinnern der Vorkäufe durch die ihnen zugesicherte Beigabe der Lose das Mitspiel in den folgenden Klassen zu gewährleisten. Der Staat handelt also dabei durchaus im Interesse der Spieler. Keinesfalls gereicht das Mitspiel zu deren Nachteil. Dies war würde, um dieselbe finanzielle Ergebnisse der Lotterie für den Staat zu erzielen, das doch erreicht werden soll, eine Vertiefung der Gewinne oder eine Erhöhung des Lospreises eintreten müssen, wenn man das Mitspiel bei der Zuteilung bestimmen Lose, das auch jedesmal in den Etats mit einer Durchschlagssumme notwendig wird, bezeichnen wollte. Das Mitspiel der Beiziehenden Lose hat auch nichts Besonderes. Bei jeder anderen Lotterie spielt der Unternehmer ebenfalls die nicht abgetheilten Lose für eigene Rechnung mit, und nur der, das Wesen der Sache nicht berührende Unterschied besteht, daß hier der Staat die zu Freilosen bestimmten Lose, wie gesagt, im Interesse der Gewinner der Vorkäufe einzuweisen nicht abgeben will, und auch nicht abgeben kann, weil er diesen Gewinnern das Mitspiel bestimmungsgemäß unter bestimmten Voraussetzungen und Vergünstigungen zu ermöglichen hat, während dies bei anderen Lotterien nicht der Fall ist. — Hiernach ist das Spiel der Freilose durch den Staat vollausgeführt. Das in der ersten Klasse der laufenden Lotterie die beiden Hauptgewinne auf diese Lose gefallen sind, ist ein Spiel des Zufalls, das wie jedes andere Zufallsspiel bei der Lotterie hingenommen werden muß.

Ausland.

Der Nachlaß Königs Leopolds.
Aus guter Quelle erfährt der Korrespondent der „Frankf. Zeitung“, daß nach dem Tode Königs Leopolds von Belgien noch 9 Millionen an aufgefunden worden sind, welche der „Niederländischen Stiftung“ zugefallen sind, die Leopold II. unterstellt worden war. Während man heute noch in Belgien annimmt, daß die Belgien angehörenden Gelder der Stiftung im besten Falle 40 Millionen Franken betragen, kann der Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ versichern, daß es 70 Millionen sind, die aus dem Konjunktions von Leopold II. entnommen und die rechtlich vorbehalten sind. Ein Spruch der Belgischen Justiz nach einer Erklärung des Ministers des Innern in die Niederländische Stiftung zurückzuführen werden. Hiermit löst sich nach dem Verzicht der 10 Millionen, die Leopold II. aus Antwerpen oder durch die direkten Erträge der Konjunktions und der belg. Domänen bezogen hat, zumal mit Sicherheit angenommen werden kann, daß etwa 30 Millionen an eine bestimmte Dame geschenkt worden sind, während der Rest zum Ankauf von Schlössern usw. verwendet wurde.

Kasse und Umgebung.

Stadtverordneten-Sitzung
Salle a. S., 7. Februar.
Am Vorabend des Herrn Justizrat Föhring, Baumeister Gygas und Kaufmann Probit.
Der Vorsitzende widmet dem verstorbenen Ehrenbürger Geh. Kommerzienrat Ludwig Behde einen ehrenvollen Nachruf. Mit Gehelmat Beside ist ein Mann aus dieser Zeitlichkeit gescheiden, der mit großer Hingabe viele Jahre im Kollegium gearbeitet hat. An dem Aufschwung, den unsere Stadt genommen hat, der Verwirklichung rege mitgearbeitet. In seiner Stellung als Finanzmann hat er reiche Gelegenheit genommen, seine Kräfte dem Aufblühen

des Halleschen Handels und der Halleschen Industrie zu widmen. Allenfalls hat man seinen weiten flügel Blick, seine Gerechtigkeitsliebe, seinen Biederfinn gefehlt, und so hat ihn die Bürgerliste, unter welcher von Vertriebenen ins Stadtverordnetenamt gelangt, wo er eine führende Stelle einnahm und namentlich auch als Vorsitzender vergebener wichtiger Ausschüsse eine große Summe eipriehlicher Arbeit leistete. Als er von uns scheidet, ehrt ihn die Stadt nach Berlin, indem sie ihn zum Ehrenbürger ernannt. Aber auch danach ist sein reges Interesse den öffentlichen Aufgaben treu geblieben, ganz abgesehen von der reichen Wohltätigkeit, die er im Stillen zu üben wußte. Wir ehren ihn Andenten immerdar.

Die Verammlung hörte die Gedächtnisrede stehend an. Danach gab der Vorsitzende einige Eingänge bekannt. Der 5. kommunale Verein bittet um Beilegung des Rißelpflanzers des Bürgerheides auf dem oberen Mühlweg. Die Sache wird dem Bauauschuß überwiesen. Erweitert die eingegangene Eingabe des Verbandes deutscher Gewerbetreibender, die einen paritätischen Arbeitsnachweis wünschen, nachdem der Magistrat erklärt hat, daß einzuweisen in der Sache noch keine Vorlage zu erwarten ist.

Danach tritt man in die Tagesordnung ein. 1. Der Magistrat beantragt, zusammen, daß die

Eiszeugungsanlage

auf dem städtischen Schlachthofe erweitert wird und die dafür auf 64 000 Mk. veranschlagten Kosten dem Erneuerungsfonds des Schlachthofes entnommen werden.

Zur Begründung wird folgendes dargelegt: Die Eiszeugungsanlage auf dem städtischen Schlachthofe ist im Jahre 1906 eingerichtet und im Jahre 1907 in Betrieb genommen worden. Sie war ursprünglich zugeschnitten auf eine Leistung von rd. 200 Zentner in 24 Stunden. Durch Verbesserung der maschinellen Anlage (Neberhitzer-oder Flüssigkeitsabscheide-Einrichtung) ist es erreicht worden, daß in demselben Zeitraume 230 Zentner hergestellt werden können. Wie aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich ist, hat die Nachfrage nach Kohlen seit dem Jahr zu Jahr erheblich zugenommen. Ganz besonders stark war sie natürlich im vorigen Sommer. Es konnte nur etwa die Hälfte der verlangten Mengen produziert werden. Wenn dies auch im Vorjahre in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß der vorherige Winter Naturereise fast gar nicht brachte, so zeigt doch die Tabelle, daß Anstiege beim Kohlenverbrauch immer beliebter geworden ist. Es ergibt sich folgendes Bild:

1907	Eisproduktion	13 639 Ztr.	Erlös	7 262,96 Mk.
1908		23 447		13 594,20 "
1909		31 186		20 708,81 "
1910	(1. 4.—31. 12.)	42 038		31 563,25 "

Die stets steigende Nachfrage und das günstige finanzielle Ergebnis haben dahin geführt, daß das Sucratorium sich entschlossen hat, auszuführen, daß die Eiszeugungsanlage zu erweitern. Die Erweiterung ist so gedacht, daß der neue Eisgeneratortraum unmittelbar neben dem alten eingerichtet und der schon vorhandene Anbau des Maschinenhauses nach Norden zu vergrößert wird. Dabei werden der jetzige Eingang zum Maschinenhaus, die Maschinenmeißerhütte, die Reparaturwerkstatt und der provisorische Lokomotivschuppen mit zum neuen Eisgeneratortraum verwendet. Die Größe soll so bemessen werden, daß durch die neue Anlage in 24 Stunden etwa 400 Zentner Eis produziert werden können. Unter Hinzurechnung der alten Anlage ergibt sich dann eine Gesamtproduktionsmöglichkeit von etwa 600 bis 630 Zentner in 24 Stunden.

Die für den Betrieb des neuen Eisgenerators erforderliche Kälte soll durch einen neu zu beschaffenden Kompressor erzeugt werden. Anfanglich bestand die Kälte, den Kompressor durch eine Transmissionsantriebe und die Kraft durch vorhandene Maschinen zu erzeugen. Maßverhältnisse und sonstige technische Schwierigkeiten lassen jedoch eine solche Ausführung nicht zu. Es bleiben deshalb nur zwei Möglichkeiten, und zwar Antrieb durch Elektrizität, oder durch eine besondere, direkt mit dem Kompressor gekuppelte Dampfmaschine. Das Sucratorium entschied nach eingehender Beratung zu Gunsten der Dampfkraft. Ausschlaggebend für den Entschluß waren die außerordentlich hohen Betriebskosten, welche der elektrische Antrieb erfordert. Nach der vorgelegten Berechnung des Maschinen- und Heizungsingenieurs Kretschmer stellt sich der Einheitspreis bei Dampftrieb auf 0,66 Mk. pro Stunde, bei elektrischem Antrieb auf 5,26 Mk. pro Stunde. Dampftrieb bietet auch den weiteren Vorteil, daß die neu zu beschaffende Dampfmaschine zugleich als Reserve für die schon vorhandenen Dampfmaschinen anzusehen und damit die Möglichkeit gegeben ist, beim Verlegen der großen Dampfmaschine sowohl Kälte für das Kühlhaus zu erzeugen (durch die ursprünglich im Wege sein u. Hüner gelieferte Kältemaschine) als auch Eis zu erzeugen (durch die neue Anlage). Die Kosten für die neue Anlage betragen nach den vorgelegten Kostenschätzungen: a) für die maschinellen Einrichtungen 50 000 Mk., b) für die Baukosten 14 000 Mk., im ganzen 64 000 Mk. Die Aufwendungen lassen einen reichlichen Gewinn erwarten. Näheres ergibt die nachstehende Rentabilitätsberechnung. Sie stützt sich auf die Erfahrungen des Vorjahres und auf die Annahme, daß in der Zeit vom 1. Mai bis 1. Oktober täglich circa 400 Zentner Eis abgesetzt werden.

Rentabilitätsberechnung.

Einnahme (Erlös für Eis).		15 000 Mk.
1.	30 000 Ztr. Eis à 0,50 Mk. (Zweihelfer)	15 000 Mk.
2.	8 500 " " " 0,60 " (Großabnehmer. Bräute)	5 250 Mk.
3.	1 500 " " " 0,70 " (Abhol. gegen Karte)	1 050 Mk.
4.	15 000 " " " 1,30 " (Abkommen)	19 500 Mk.
5.	3 500 " " " 1,00 " (Abnehmer ganz. Wode)	3 500 Mk.
6.	750 " " " 0,90 " (Kranfahnen)	675 Mk.
7.	450 " " " 0,80 " (Abnehmer H. Stüde)	360 Mk.
Sa. 600 000 Ztr.		Einnahme Sa. 45 985 Mk.

Ausgabe (Aufkosten).

1. Verzinsung und Tilgung der maschinellen Einrichtungen der neuen Anlage (50 000 Mk. à 10 Prozent) 5000 Mark. 2. Desgleichen der alten Anlage (25 000 Mk. à 10 Prozent) 2500 Mk. 3. Verzinsung und Tilgung der neuen Baukosten (14 000 Mk. à 6 Prozent) 840 Mk. 4. Desgleichen der alten Baukosten (7000 Mk. à 6 Prozent) 420 Mk. 5. Maschinenzins (Kohlenverbrauch) 1 Kilogramm Eis erfordert 130 Wärme-Einheiten (W. E.), 20 000 Kilogramm erfordern demnach 2 600 × 130 = 2 600 000 W. E., 1 indizierte Kompressor-Verdichtungsstunde erzeugt 3000 W. E., mithin sind zur Erzeugung von 2 600 000 W. E. 866 Kompressor-Verdichtungsstunden in 24 Stunden erforderlich, 866 Kompressor-Verdichtungsstunden ergeben bei 20 Pro-

zent Reibungsverlust rd. 1000 Dampfmaschinen-Verdichtungsstunden. 1 Dampfmaschinen-Verdichtungsstunde kostet nach Angabe des Maschinen- und Heizungsingenieurs Kretschmer 1 1/2 Pf., mithin kosten 1000 Dampfmaschinen-Verdichtungsstunden 15 Mk. in 24 Stunden. Für die Gesamtproduktion von rd. 15. 5. 30 (Monate à 30 Tage) 2250 Mk. 6. Kohlenverbrauch zum Eis (20 000 Kilogramm Eis) 2250 Mk. 7. 20 Kubimeter zu 12 Pf. = 3,20 Mk. pro Tag, auf 150 Tage 480 Mk. 8. 7 Anteliger Kohlenverbrauch zur Kohlenheizerkälte à 4 Mk. = 10 Mk. pro Tag, auf 150 Tage 1500 Mk. 9. Fuhrmaterial, Schmiermaterial und Chemikalien (Salz, Ammoniak) 500 Mk. 10. Abschreibung auf Pferde und Wagen (3800 Mk. und 2400 Mk.) = 6200 Mk. à 15 Prozent 930 Mk. 11. Laufende Unterhaltung der Pferde und Wagen (Arbeitskosten, Pferdehüter, Reparaturen) 8000 Mk. 12. Bureaukosten, Telefon 1450 Mk. 13. Kennzeichnung eines Pferdes und eines Wagens 200 Mk. Ausgabe im ganzen: 26 000 Mk.

Die Einnahmen betragen also 45 985 Mk., die Ausgaben 26 000 Mk., was einen Ueberschuß von 19 985 Mk. ergibt.

Die Herren Stov. Kabe, Reichardt und Zell befürworten die Vorlage.

Herr Stv. Kabe stellt den Antrag, der Magistrat möge eine Trennung der Rechnung der Eisgewinnungsanlage und des Schlachthofes erwägen.

Herr Stv. C m u r meint, man möge die Preise für Eis nicht so hoch stellen, sonst könne es passieren, daß wir nach einem eisreichen Winter keinen Absatz haben.

Herr Stadtrat Dr. Busch entgegnet, die Preise seien geringer als die der Konkurrenz, die stets über die Billigkeit des Schlachthofes klagt. Es sei nicht zu bezagen, daß wir nicht genügend Absatz haben.

Herr Stv. D e h n verteidigt gleichfalls die Rentabilitätsberechnung. Wir produzieren das Eis außerordentlich billig, da die Anlage überaus günstig und praktisch angeordnet ist.

Die Vorlage wird einstimmig genehmigt. Auch der Antrag K a b e findet die Genehmigung des Magistrats.

Punkt 2 betrifft den Etat. Herr Stv. v. B l u m e referiert über den Museumset. Er gibt seiner Freude Ausdruck, daß von privaten Spendern in den letzten Jahren Mittel bereitgestellt waren, die recht ansehnliche Anschaffungen für das Museum ermöglichten. Dank der ausgezeichneten sachmännlichen Leitung habe unser Museum eine recht befriedigende Entwicklung genommen. Sehr wünschenswert sei es allerdings, daß sich jetzt neue Freunde des Instituts finden, die ihr Interesse durch weitere finanzielle Zuweisungen betätigen.

Der Etat wird genehmigt.

Herr Stv. Zell trägt den Polizeietat vor. Es sollen neuangekauft werden ein Kriminalkommissar, zwei Kriminalgeorganten, und zwei Polizeigeorganten.

Herr Stv. G e r g führt Beschwerde über das Verhalten der Polizei. Die Beamten, so berichtet man uns immer wieder, folgen dem Publikum gegenüber entgegenkommend, höflich, maßvoll vorzugehen. Darin wird nicht viel gefehlt. An Unannehmlichkeiten und gegenüber Klagenverletzungen tritt die Polizei oft rigoros auf. Bei Ueberwachungen von Volksversammlungen wird sie nervös. Da perst der Kommissar das Total oft schon, ehe es mal richtig gefehlt ist. Bei Klagenverletzungen sind in der letzten Zeit weit über ein Schuß Leute von der Straße her verhaftet; das ist unangehörig, trotz der Verammungsbefehle, auf die man sich stützt. Es sind auch Strafmandate ausgehrieben. Aber noch nie haben die Gerichte hier und auswärts solche Strafbefehle für gültig erklärt. Vereinsverammungen, die im „Polstpark“ stattfinden, werden überwachet, obwohl das gegen das Vereinsgesetz geht. Wenn die Verammungen aus sind, perst man überdies die Straßen, so daß die Leute im Sonntagstrot Revolution machen wollen? Zu unserer Polizei werden auch manchmal Leute eingeklinkt, die dazu am allerwenigsten qualifiziert sind. So ist hier ein Polizeigeorgent Heimburger eingeklinkt, der wegen Soldatenmishandlung vom Militär abgeben mußte. Wie konnte der Mann hier eingeklinkt werden? Er hat auch keinen Zivilverammungsschein.

Herr Oberbürgermeister Dr. K i n e erklärt, daß für den Magistrat nur auf dem Vorgebrachten nur der Fall Heimburger in Frage kommt. Der Mann wurde nach amtlicher Militärzeit hier als Probit eingeklinkt, nachdem er ausgezeichnete Führungszugnisse vorgelegt hat. Der Mann ist bestraft. Er ist nicht entlassen, allerdings besitzt er keinen Zivilverammungsschein, aber den haben die meisten Polizeigeorganten nicht; sie warten nicht 12 Jahre, da wir sie schon mit 7jähriger Dienstzeit entlassen. Heimburger ist sonach von einem Soldaten benutzelt worden. Darauf ist ein Verfahren eingeleitet worden. Wenn es zur Verurteilung führen sollte, wird er wohl entlassen werden. Wir haben ihn bona fide eingeklinkt und er hat sich im Dienste bisher durchaus bewährt.

Herr Stv. K e n n e r bringt zur Sprache, daß unter den Schneidermeistern

Klage über Uniformvergebung

gefehlt wird. Die Schneider-Produktionsgenossenschaft befaßt es, daß sie bei der Vergabung der Lieferung übergebenen Aufstellungen, über hinsichtlich des Stoffes, nach der Maßarbeit, nach des Halbes gemessen worden sind. Dagegen habe man, wie Gerichte wissen wollen, die von einer Berliner Firma gelieferten Uniformen zu 50 Prozent abändern lassen müssen. Mit der Uebergebung der Halleschen Meister löst die man nicht bloß die Stoffe, sondern auch viele Gesellen, denen dadurch die Arbeitsgelegenheit genommen wird. Hedner erucht den Magistrat, die Feuerzählenden Handwerksmeister bei Lieferungen zu berücksichtigen.

Herr Oberbürgermeister Dr. K i n e: Der Produktionsgenossenschaft gehören wohl 60 Schneidermeister an. Es sind die Kleinsten ihres Gewerbes, die Leute sind also an sich allen Wohlwollenden der Behörde wert. Aber ihre Mittel sind klein. 1902 hat man der Produktionsgenossenschaft die Uniformlieferung übertragen; indes die Lieferungsfrist wurde nicht innegehalten, und der Stv. war unbefriedigt, darauf muß aber bei Uniformen gehalten werden. Man hat dann Jahre hindurch die Genossenschaft nicht wieder berücksichtigt, bis 1909. Da gab man ihr Hohen und Ehren in Auftrag; die Lieferung befriedigte indes nicht vollständig. Dennoch übertrag man ihr 1910 wieder die Lieferung der Hohen und Witten; sie fiel in 5 bis 6 Monate in die unbesetzte Lücke aus. Die Lieferungsfrist wurde nicht innegehalten, die Tude waren verschiedenfarbig, die Letzten leuchteten in allen möglichen Nuancen, Der Stoff der

hoben war so wenig haltbar, daß sie nach 4 Monaten abgetragen waren und die Vermählung Erbschaftssteuer liefern mußte. Wohin soll aber die Vermählung dabei mit ihrem Kasse? 250 Beinkinder a 12 Mk. müßten nachgeliefert werden, das macht 3000 Mk. Das ist doch ein Schaden für die Vermählung. Wir geben uns alle Mühe, die Lieferung in Höhe zu lassen, die Fallischen Lieferanten zu übertragen, aber die Vermählung muß dabei auf ihre Rechnung kommen. Voraussetzung ist, daß Stoff und Sitz nicht schlecht sind; das traf aber bisher nicht zu. Die auswärtigen Firmen bieten zudem die Lieferungsfristen inne und waren viel billiger. Die Litemen liefern sie mit 15,25 Mk., tabellos. Die hiesigen Schneidermeister der Produktivgenossenschaft verlangen 19,90 Mk. pro Stück. Alle Erfahrungen stehen dagegen, daß wir die Lieferungen der Produktivgenossenschaft übertragen.

Herr Stv. Dierburg führt aus, Halle sei die Stadt der Volkseigenen geworden. Der Oberbürgermeister Kitzler in Berlin, zu dem ja der Fallische Oberbürgermeister und Volkseigenen in vernehmlichen Beziehungen steht, habe der Polizei gegenüber eine freiere und unparteiischere Auffassung vertreten: er habe die Volkseigenen in Halle so offen mitteilt. Herr Dr. Kine ist auch die ersten Jahre seiner Verwaltung als Polizeichef längst nicht so rigoros gegen die Arbeiterbevölkerung verfahren wie neuerdings. In Halle tut noch ein Polizeibeamter Dienst, der wegen Forderungsentziehung bestraft ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Kine: Die Polizei entfendet nur dann Vertreter in die Verwaltungen, wenn sie dazu berechtigt ist. Die Sozialdemokratie ist darüber anderer Auffassung und hat eine Reihe Beschwerden eingereicht; aber der Herr Regierungspräsident hat der Auffassung der Fallischen Polizei recht gegeben. Eine Anzahl Beschwerden hängt noch beim Oberpräsidenten. Ein Teil ist allerdings auch schon im Sinne der Polizei entschieden. Tatsache ist, daß ein Polizeibeamter eine Uhr, die er als entnommen in Vernehmung bekam, verpackt angemeldet hat. Wir haben daraufhin beim Regierungspräsidenten beantragt, im Wege des Disziplinarverfahrens den Mann zu entlassen. Der Regierungspräsident ist darauf nicht eingegangen; der Beamte ist in Vernehmung genommen, aber es ist darauf erkannt, daß der Beamte die Uhr mit sich führen dürfe. Wenn die Sozialdemokratie mit mir im Anfang meiner Tätigkeit zufrieden war, so kann ich das Gleiche mir nicht sagen; ich war mit ihr zufriedener als jetzt. Heute, heute, wo sie selbst, wie im ganzen Deutschen Reich, so in Halle an Würde verloren hat, behaupte auch ich sie nicht mehr mit der gleichen Würde. Im übrigen steht die Polizei noch in recht respektvollem Ansehen, auch bei der Sozialdemokratie selbst.

Herr Stv. K. H. me fragt: Wer hat denn nun in Sachen der Uniformlieferungen recht? Die Schneidermeister bestritten auf das entschieden, daß ihre Lieferung nicht genügt hat. Die Vertriebsbesitzer der Farben des Tuches ist unbestreitlich. Die Meister beziehen doch nicht nach der Elle; sie beziehen doch stückweise. Und was die Haltbarkeit der Stoffe anlangt, da ist doch festzustellen, daß sie der Arbeiter geprüft hat. Wer prüfte die Proben im Verhältnis zum Preise? Nachen das Fachleute. Am besten gefehlt das durch eine ehrenamtliche Kommission.

Herr Oberbürgermeister Dr. Kine: Es ist ein Unterschied zwischen Uniform- und Zivilkleidung. Von Säulen aus sind die letzten Meister der Produktivgenossenschaft am wenigsten zur Uniformlieferung bereit. Köst man die Produktivgenossenschaft zu, so bedeutet das schon ein Entgegenkommen, da der Vertrag immerhin ein Risiko bedeutet. Warum sollte die Volkseigenverwaltung die Lieferungen nach auswärts geben, wenn sie die Sachen in Halle eben gut bekommt? Wir helfen den Kleinen gern. Bei der Prüfung wurden Schneider, auch Fachleute und Sachkundige aus dem Beamtentum selbst mit.

Herr Stv. K. H. me beantragt, den Magistrat zu ersuchen, bei Vergütung der Lieferungen von Rechnungsstellen für Polizeibeamte, Feuerwehrleute, Straßenbahn- und Straßenreinigungsmannschaften eine

ehrenamtliche Kommission von Sachverständigen zu beauftragen, die gutachtlich bei sämtlichen Kleiderlieferungen zu hören ist.

Der Antrag wird angenommen, der Polizeirat genehmigt. Den Bauetat tragen die Herren Stv. Höpfele und Giese vor.

Herr Stv. Dierburg plädiert für Neupflanzung der Teichtritte; man möge sie wenigstens im nächsten Jahre beschleunigen. Giebelsteinen sei überhaupt dieses Jahr beschleunigt behandelt worden.

Herr Stv. Sommer fragt, wie weit denn das

Volksbadprojekt

gediehen sei. 7 Monate seien bereits verfloßen, seitdem man zum letztenmal davon gehört habe.

Herr Stadtbaurat Kadaria entgegnet, an dem Projekt werde gegenwärtig fleißig gearbeitet. Das Stadtbauamt habe eine Zeilung die Arbeit zugunsten laufender Aufgaben unterbrechen müssen.

Der Bauetat wird genehmigt. Desgleichen die Etats der Desinfektionsanstalt und des Aufwandsmittel-Untersuchungsamts. (Ref. Herr Stv. Schmidt-Kimpe.)

Auch der Etat des Stadtheaters wird unermindert und ohne Debatte angenommen. (Ref. Herr Stv. Dehne.)

3. fällt aus.

4. Der Magistrat hat beschloßen, die vom Häufchen Grundstück Reifstraße Nr. 111 flächenmäßig zur Reifstraße einfließende Grundstücke von 56 Quadratmeter zu dem Preise, der auch den übrigen Anliegern bisher gezahlt worden ist, nämlich 20 Mk. pro Quadratmeter, zu erwerben, da das fragliche Land von der Stadtbremde durch Hineinlegung eines Hauptkabels des Elektrizitätswerkes in Benutzung genommen worden ist.

Die Veranlagung stimmt zu. (Ref. Herren Stv. Reitzgardt und Colberg.)

5. Die Jahresrechnungen des hiesigen Stadthofes, des Stadthofes sowie der Erneuerungsämter beider Institute für 1909 werden entlastet. (Ref. Herr Stv. Borchert.)

6. Deswegen die Rechnung über das Kaufonto Sammelamt Wörthwinger-Neue Promenade. (Ref. Herr Stv. Selme.)

7. Chemie die Rechnung der Kasse der gewerblichen Fortbildungsschule für das Rechnungsjahr 1908. (Ref. Herr Stv. Selge.)

Aus dem Bureau des Stadttheaters

wird uns geschrieben:

Halle a. S., 6. Februar 1911.

Berichtigung! In der Sitzung des 2. kommunalen Vereines ist von Seiten des Herrn Institutsvorstandes Starke gesagt worden, er habe die Ermächtigung von einem Vorstandsmitglied der Deutschen Bühnengenossenschaft, die Erklärung abzugeben, daß der

Vertrag der Frau von Boer, der von Herrn Nissen beauftragt mit den Worten gekennzeichnet wurde, „es sei ein maßstabvoller Vertrag, denn er sei einem weltlichen Gehirn entsprungen“, nach den Ausführungen des Herrn Nissen sofort von der Direktion geändert worden sei. Dieses Vorhandensein, es ist nach Aussage des Herrn Starke Herr Nissen, daß damit eine große Unschärfe gelegt. Der Vertrag der Frau von Boer ist zusammen mit dem ihres Mannes im Jahre 1905 erstmalig auf der letzten Basis abgefaßt worden und nachdem er sich gut bewährt hatte, am 22. Januar 1909 in gegenseitigem Einverständnis ohne jede Debatte auf weitere drei Jahre in der gleichen Form verlängert, d. h. neu ausgestellt worden. Frau von Boer hat der Direktion gegenüber niemals den Wunsch geäußert, daß der Vertrag auf einer anderen Basis ausgestellt werden möge, die sich hierog bereit erklärt, falls die Direktion in denselben Händen bleiben sollte, von 1912 ab auf weitere 3 Jahre zu den bisherigen Entlohnungsverhältnissen zusammen mit ihrem Mann wieder abzuschließen. Es ist niemals von ihr oder ihres Mannes Seite der Wunsch geäußert worden, daß ihr Entlohnungsverhältnis Gegenstand einer Gehaltsverbe über den Bühnengenossenschaft werden sollte, auch hat sie sich niemals befremdend über die Ausführungen des Herrn Nissen über diesen Vertrag äußern deshalb auf bösartige, falsche Informationen von interressierter resp. mit feindseliger Seite gesehen sein, denn die Gageausgaben und Besoldungen können beweisen, daß das Ehepaar von Boer-Gruhl, Mann und Frau, jeder einzelne ein hohes Einkommen hier bezogen hat, höher wie es mancher gut situierte Geschäfts-Inhaber oder hohe Staatsbeamte bezieht.

Die übrigen Angriffe gegen mich werden demnächst in einem ausführlichen Artikel beleuchtet werden, der hoffentlich ebenso schnell Aufnahme in den hiesigen Tageszeitungen finden wird, wie die Äußerungen meiner Gegner.

M. Richards.

Ferner geht uns nachfolgende Erklärung des Herrn Hellmuth Pfund zu:

Berichtigung. Hiermit erkläre ich, daß der Redner, Herr Th. Starke, bei seinen Ausführungen im 2. kommunalen Verein durch mich falsch unterrichtet gewesen ist. Ich war im Irrtum. Der Boer'sche Vertrag besteht nach wie vor in seiner ursprünglichen Fassung weiter.

Hellmuth Pfund.

Paul Schlenker über das Berliner und Wiener Theater.

Der frühere Burgtheaterdirektor und der jetzige Theaterkritiker des Berliner Tageblatts, Paul Schlenker, erzählte uns gestern abend vieles Interessante über das alte und neue Wiener Burgtheater, über seine eigene Tätigkeit an der Burg, über die Tragik der früheren und der heutigen Verhältnisse.

Die Art und Weise, die leichte und etwas sentimentale, recht schmerzliche Ironie, mit der Schlenker sich Thema auseinandersetzt, paßt namentlich auch dadurch, daß er nur von persönlichen Dingen und dem eigenen Gefühl zum Vortrag veranlaßt wurde. Ausführlich über den Abend in der nächsten Nummer.

m. f.

Zum 27. Verbandstag des Bundes deutscher Dachdecker-Zunungen

(Fortsetzung.)
Ueber die Verhandlungen des Verbandstages des Zentralverbandes deutscher Dachdeckermeister in München 1910, erliefen die Delegierten vom Dresden, Markt- und Schön-Dresden Bericht. Daraus ging hervor, daß der Zentralverband die Bildung von Unterverbänden zur besseren Wahrung von Interessen auf dem Gebiete der Schutzgebühren ausricht. Um sich gegen die maßlosen Forderungen der Arbeitnehmer in Dachdeckerwerke zu schützen, sei eine dringende Notwendigkeit, sich als Arbeitgeber zu organisieren und zu wehren, da wo es sein muß. So hat sich in der Amtsbauinspektur Dresden ein Kartell von Arbeitgeberverbänden im Baugewerbe gebildet, das die Interessen seiner Mitglieder nach dieser Richtung hin wahrnimmt. Der Beitrag betrage pro Jahr 10 Pfg. pro 1000 Mk. Lohnsumme. Die Vorformnisse im Jahre 1910 erforderten einen engen Zusammenschluß der Arbeitgeber, andernfalls sei man der Willkür der Arbeitnehmer preisgegeben. Der Zusammenschluß sei auch schon wegen Festsetzung einheitlicher Lohnsätze nötig, sie laufen jetzt 1913 ab. Im Dachdeckerwerke gingen die Gesellen systematisch vor. Der Ausstand wurde zuerst proklamiert in Torgau, das war im Januar, ging von einer Stadt zur andern über, und endete in Westfalen von Oktober bis kurz vor Weihnachten. Das war nur möglich durch die strikte Organisation, die in Arbeitnehmerkreisen besteht. Doch es nicht ebenso bestellt sei in Arbeitgeberkreisen, sei tief bedauerlich.

Es wurde eine Resolution an den Reichstag beschloßen, worin gebeten wird, den Arbeitgebern vermehrten Schutz zu geben, gegenüber den Maßnahmen der Arbeitnehmerorganisationen, namentlich in Bezug auf Schutz von Arbeitsmitteln.

Wegen der Erhöhung des Jahresbeitrages an den Zentralverband von 50 Pfg. auf 1 Mark pro Mitglied entpam sich eine lange Debatte. Schließlich wurde ein Vermittlungsvorschlag angenommen, dahingehend: Die Zunungen oder sonstige Vereinigungen sollen eine Urabstimmung vornehmen und bis zum 1. Juli d. J. mitteilen, ob sie der Beitragserhöhung zustimmen oder nicht. Der Reichstagsbescheid ist dann maßgebend.

Die Herrn Th. Wehmann und C. Gabelow-Berlin, berieten über die Verschmelzung der beiden Publikationsorgane des Bundes.

Der Antrag des Zunungenverbandes „Bund deutscher Dachdecker-Zunungen“ auf Ausschließung aus der Baugewerks-Berufsgenossenschaft und Errichtung einer eigenen Berufsgenossenschaft für die Beschäftigten bezug auf Verlegen in eine niedere Gehaltsklasse, wurde von Herrn C. Gabelow-Berlin begründet. Es lieg unglücklich, welche Beiträge das Dachdeckerwerke an die Baugewerksberufsgenossenschaft zu zahlen haben. Das ebenso gefährliche Schornsteinrußwandwerk zahlte weit weniger. Die Verschmelzung stimmt dem Entzweie einer Eingabe an den Bundesrat und dem Reichstag zu, wonach das Reichsversicherungsamt gebeten werden soll, die Sache so oder so in die Wege zu leiten, damit dem Dachdeckerwerke schwere Lagen genommen werden.

In den Partererräumen hatte man eine Ausstellung von allen in das Fach schlagenden Artikeln etabliert, die reich besetzt war und sich leitens der Dachdeckermeister regen Interesses erfreute.

Lehrerverein Halle-Umgebung.

Bei der am 4. d. M. abgehaltenen Sitzung sprach Herr Pastor Hügel-Neudau bei der Fortsetzung seines Vortrages „Die Seelenfrage um“ zunächst über empirische und rationale Psychologie. Wahrnehmungen und Affektionen (Empfindungen des Innern) seien die ersten uns erkennbaren Formen, die Ursprünge in der menschlichen Geistestätigkeit, die bei den neugeborenen Kindern verschieden seien, da die individuelle Belastung verschieden ist.

Das vitale Bewußtsein (Allgemeinbewußtsein) sei durch die Tätigkeit der Sinnesorgane gebunden und werde veranlaßt durch die Netze oder durch die Einwirkung der Außenwelt auf die Netze. Jedes dieser Organe habe seine eigentümliche Wirkungsweise, seine spezielle Energie. Des weitern sprach Redner über die Lebensgefühle, Anlagen, Temperamente und über die Empfindungen nach Inhalt, Stärke und Ton. Goethe teile die Farben in Blau- und Grün-Blau ein, die seien bei den Menschen verschiedene Einwirkung hervor. Für den operierten Blinden ist Grau die höchste Farbe. Das Gehör stehe durch Sprache und Musik der innern Welt des Geistes und Gemütes näher als jeder andere Sinn. Die Gesinnungsvorstellungen seien die farbigen, fast $\frac{1}{10}$ aller Sinneswahrnehmungen fallen darauf. Der Vortragende behandelte nun mit Zustimmung der Versammlung das Geschlecht, sowie die Migrations- und Reproduktionsorgane. Alles unwillkürliche Geschehen, alles Schicksal, Erbschaften, Denken geschehe nach jenen Gesetzen und finde darin ihre physiologische Begründung. Was gleichzeitig in der Seele ist, das verbinde sich, das sei die Energie des Bewußtseins. Aber was hier zusammengefaßt, könne in der Wirklichkeit (Räumlichkeit) weit auseinander sein. Den Schluß dieses geistreichen Vortrages bildete die Koffaktion und Projektion des Gehörten an interaktiven Beispielen.

Der große Saal des „Schultheiß“ mit Nebenräumen war wiederum voll besetzt.

Ein neuer D-Zug Hamburg-Deipzig.

Am 1. Mai wird ein neues D-Zugpaar Hamburg-Deipzig-Deipzig und umgekehrt eingelegt, ab Hamburg 12 Uhr nachts, in Deipzig 5,45, von da voraussichtlich mit direktem Anschluß nach Dresden; der Gegenzug ab Deipzig 10,5 abends, in Hamburg 5,50 früh.

Verband mittlere Reichs-Polst- und Telegrafien-Beamten. Die nächste Ortsvereinsversammlung findet Donnerstag, 9. Febr., abends 9 Uhr, im Vereinslokal Schultheiß, Volstraße, statt.

Der Verein ehemaliger Angehöriger des 2. Reg. Sächsischen Jäger-Regiments Nr. 19 (st. 2. Reiter) hält am Donnerstag, den 9. Februar im Vereinslokal Pohls Restaurant, Charlottenstraße 19, seine Mitgliederversammlung ab. Ehemalige Regimentskameraden, auch auswärtig wohnende, und solche, welche nur zwecks Werbung beim Regiment eintreffen waren und dem Verein beitreten wollen, sind willkommen.

Unfall. In der Hauptverfahrt hat Reg. Eisenbahnverunglückt gestern nachmittags beim Transport von großen Lokomotivwagen der Arbeiter Otto Kosska aus Demitz. Ein Reifen fiel auf Kloster, der neben schweren Quetschungen auch einen Schädelbruch davontrug. Man fuhr den Schwerverletzten in die Klinik.

Zugzusammenstoß bei Baumchuldenweg.

Berlin, 7. Febr. 1911.

Als der 7 Minuten vor 6 Uhr früh von Niederschöneweide nach der Stadt fahrende Stadtbahnzug den Bahnhof Baumchuldenweg passierte, kam gleichzeitig von Potsdamer Bahnhof in umgekehrter Richtung ein Stadtbahnzug heran. Das Signal für diesen Zug stand auf „Durch“. Anstatt nach links zu fahren des Hauptsignals wurde der Lokomotivführer dieses Zuges rannte er unmittelbar am Bahnhof dem Stadtbahnzug in die Seite. Infolge dessen stürzten von dem nach Berlin fahrenden Zuge zwei Wagen die Böschung hinunter und wurden zum größten Teil zerstört. In dem zweiten Wagen befanden sich etwa 50 Personen. Von diesen 50 Personen wurden 9 schwer und 12 leichter verletzt.

Als der Zusammenstoß erfolgte, entlief unter den Fahrgästen eine furchtbare Panik. Man vernahm laute Schreie und das Geschrei der in den verunglückten Waggons befindlichen Fahrgäste. Die Unglücklichen wurden mit in die Tiefe gestürzt, ohne daß sie sich aus ihrer entsetzlichen Lage zu befreien vermochten. Besonders stark war der Wagen dritter Klasse besetzt. Eine große Anzahl von Arbeitern, die zur Arbeitstelle zu fahren im Begriff waren, hatten in dem Waggon Platz genommen. Die Leute wurden in dem Coupé heftig durcheinander geschüttelt und zum Teil sehr übel zugerichtet. Unter lauten Geschrei führten die Waggons zum Entgleisen der die an der Bahn sich hinziehende Straßestraße passierenden Fahrgänger die Böschung hinab. Den sofort zu Hilfe eilenden Beamten und Bahnräubern bot sich jetzt ein schrecklicher Anblick. Eine ganze Reihe von Fahrgästen lag einseitig geneigt in den Trümmern der zerstörten Waggons. Man vernahm das Schreien und Stöhnen der Verwundeten und ein Wagen dritter Klasse drohte nachzuführen. Mit großer Energie wurde sofort die Rettungssache in die Wege geleitet. Vom Sächsischen Bahnhof wurde ein Hilfswagen mit Monturen und Werkzeugen requiriert, und als dieser die Unfallstelle erreicht hatte, waren die Verunglückten schon teilweise geborgen. Die Verletzungen bestanden zum Teil aus Knochenbrüchen und starken Quetschungen. Zum Teil haben die Verunglückten auch erhebliche innere Verletzungen erlitten. Wie die ärztlichen Untersuchungen in den Krankenbahnhäusern ergaben, liegt Lebensgefahr nur bei zweien der Verwundeten vor. Am schwersten verletzt ist Wilhelmine Koad, sie wurde dem Elisabethhospital in Oberschöneweide zugeführt; sie hat einen schweren Schädelbruch davongetragen, doch hoffen die Ärzte, ihre Heilung bringen zu können.

Der Schauplatz der Katastrophe

befindet sich vor den Häusern Stormstr. 3/4, etwa 100 Meter vom Bahnhof Baumchuldenweg entfernt, dort, wo im vorigen Jahre die Ton- und Zementausstellung war. Die Stormstrasse ist diejenige Straße, die sich unmittelbar an dem Bahnhof entlang zieht und in der Nähe der Unfallstelle von der Baumchuldenweg durchschnitten wird. Auf der einen Seite stehen neu errichtete Häuser, die andere Seite wird durch einen Zaun von Bahngelände abgetrennt. Dieses liegt etwa 6 Meter über dem Straßenniveau. Eine leicht ansehende Böschung führt hinauf. Die beiden Waggons, die bei dem Unfall heruntergeschleudert worden sind, haben den Zaun durchschlagen; sie liegen am Fuße der Böschung unmittelbar am Trottoir. Der harte Breitraum hat ihnen ein halt geboten, infolgedessen wurde sie weiter auf den Straßendamm gestößt. Glatte eisenerne Pfeiler zur Zeit der Katastrophe niemand die Straße an der Seite der Bahn, sonst hätte sich der Unfall weit erheblicher gestaltet. Der Zusammenstoß ereignete sich wenige Minuten vor 6 Uhr. Die Bewohner der anliegenden Straße haben wenig davon gemerkt; die wenigen, die zufällig schon auf den Beinen waren, konnten von den Gestirnen aus das Eisenbahnunfall beobachten. Einer dieser Augenzeugen erzählte: Es war ein furchtbarer Anblick, als die Samarter der Feuerwache die Schwerverletzten aus dem Waggon hoben. Ein etwa 25jähriger Arbeiter, der sich unter den Verunglückten befand,

rief laut jammernd um Hilfe, als sie ihm schon zuteil wurde. Er hatte durch den furchtbaren Sturz schwer gelitten und sein Gesicht schmerzte unbeschreiblich. Ein anderer Fahrgast war an beiden Seiten und rief verlor; er konnte sich überhaupt nicht bewegen und war vollständig apathisch. Bei den die Wohnung hinaufgezogenen Wagons handelt es sich um zwei ein ander gegenüberliegende. Das untere Gefährt der Wagen ist völlig geschlossen. Die Coupéfenster sind weit geöffnet. Die Wagen liegen auf der Straße und bilden ein Bild greulicher Verwüstung. Fast alle Räder hatten sich schon während des Sturzes von den Untergeräten gelöst und rollten entweder der Bahnhöhe entlang oder die Böschung hinunter.

Berichte von Augenzeugern.

Ein Mitarbeiter des „B. T.“ hatte Gelegenheit, einen Maurerpolier zu sprechen, der sich in dem Unglücksort befand und wie durch ein Wunder gerettet wurde. Er war infolge des Unfalles noch hart benommen und wachte zuerst nicht, bis er vor wenigen Minuten in Baumhüttenweg den Zug betreten hatte, um nach Berlin zu fahren. Er erkannte, daß er jetzt noch nicht wisse, wie er aus dem von Menschen dicht besetzten Coupé herauskommen sei. Er habe, als der Zug umkippte, die Empfindung gehabt, daß er sich überflüge, dann habe ihn das Bewußtsein verlassen. Ein anderer Geretteter, ein Arbeiter, war während der ganzen Zeit bei vollem Bewußtsein. Er hat sich durch die Tür seines Coupés, nachdem sie von den Mannschaften aufgeschlossen war, in Sicherheit bringen können. Das Gefährt der in dem Abteil eingeschlossenen Verletzten ist endlich gemessen und er habe in der ersten Zeit geglaubt, daß viele von ihnen totengetötet werden würden. Er selbst hat nur eine ganz geringfügige Verletzung an der Hand davongetragen und konnte sich nach an dem Rettungszweck beteiligen.

Von anderer Seite geht dem „B. T.“ nach folgende Schilderung zu:

Die Insassen der beiden Wagen.

die die Wohnung hinaufgezogen, befanden sich in einer furchtbaren Lage. Sie stiegen mit den Köpfen gegeneinander und an die Decke. Standen dann wieder auf den Beinen oder lagen unter den Füßen der anderen auf Bänken und Fußböden umher. Keiner der Beteiligten kann sich bis jetzt ein klares Bild von den Vorgängen machen. Eine Frau, die erst in Baumhüttenweg eingeschlagen war und von einem ihr bekannten Manne, der mit seinem Fußwerk gerade an der Unglücksstelle vorbeifam, befreit wurde, glaubte, daß zwischen der Abfahrt des Zuges und ihrer Rettung eine lange Zeit vergangen sei. Sie fragte, wo sie sich befinde, und als man ihr sagte, daß sie in Baumhüttenweg sei, war sie ganz erlaucht. Sie wußte auch nicht mehr, ob sie nach dem Unfall auf den Füßen oder auf dem Kopf gestanden habe. Nachdem mehrere andere Fahrgäste durch das Fenster hinausgestiegen waren, hatte sie sich auch ausgerafft und an das Fenster gestellt, durch das sie von hilflosen Händen herangezogen wurde. Ein Erbarbeiter, der mit seinem Spaten ebenfalls in Baumhüttenweg eingeschlagen war, kam unversehrt davon. Trotzdem war er, als er gleich nach seiner Befreiung eine Gasmütze in der Nähe aufsuchte, nicht fähig, auch nur ein Wort zu sprechen. Er hielt seinen Spaten kraampftisch in der Hand, wußte kaum, wo er sich befand, und kam erst nach längerer Zeit wieder voll zum Bewußtsein. Man brachte ihn dann nach seiner Wohnung in Baumhüttenweg. Ein Fuhrwerksbesitzer, der zur Zeit des Unglückes des Weges gefahren kam, sah plötzlich ein hell aufleuchtendes Feuer, wahrscheinlich von der Lokomotive des Südringquers 3903, der das Unglück anrichtete. Dann gab es ein gemächliches Krachen und Klirren von zerbrochenen Fenster Scheiben. Der Mann sah, wie die Wagen sich überfliegen und die Böschung herabrollten. Dann erhob sich lautes Schreien und Jammern. In den hinteren Wagen des angefahrenen Zuges erfolgte die Gasbefeuchtung mit einem Schläge, in den vorderen langsam nach der Maschine zu. Man verlor die sofort über den Stationen zu den Verunfallten zu kommen. Das gelang aber erst, als ein Mann aus einem benachbarten Hause herbeikam. Unterdessen war auch schon ein Mann aus einem verunglückten Wagen herausgeschrien und die Rettungsarbeiten wurden nun so rasch als möglich begonnen. Die Verletzten machten alle den Eindruck, als ob sie sich in einem Dämmerungszustande befanden hätten.

Feststellungen wegen der Schuldfrage.

Das Ergebnis der Untersuchung ist folgendes: Die Signale, Weichen und Sicherungsanlagen an der Unfallstelle und in den in Betracht kommenden Stellen waren befriedigend und nach dem Unfall noch in vorzüglichem Zustande. Das Unglück ist zweifellos aus einer Verwechslung zweier Signale zurückzuführen. Die volle Schuld trifft den Führer des Hildorfer Zuges, den Zugführer Heinz aus Wittenberg, Siebtreibstr. 10. Er hat das für seinen Zug geltende Signal, das auf Hekt hat, übersehen und hat es verwechselt mit einem auf „Freie Fahrt“ stehenden Signal, das für einen Zug Treutow-Baumhüttenweg bestimmt war. Heinz hat unmittelbar nach dem Unfall bei dem Bahnhofsverwalter von Baumhüttenweg gemeldet und hat behauptet, daß das für ihn bestimmte Signal auf „Freie Fahrt“ gestanden habe. Dies trifft aber, wie die Untersuchung ergeben hat, zweifellos nicht zu. Es ist auch von den die Untersuchung führenden Beamten festgestellt worden, daß die in Betracht kommenden Signale und Leuchtzeichen vorrichtsmäßig plombiert waren, so daß auch ein Eingriff von unbefugter Seite ausgeschlossen ist. Heinz hat sich unmittelbar nach dem Unfall krank gemeldet. Er hat sich nach seiner Wohnung begeben und hat einen Kernenhof erlitten.

Im Laufe des Vormittags konnte er von den Beamten der Staatsanwaltschaft noch nicht vernommen werden.

Provinzial-Nachrichten.

Zur Bürgermeistereiwahl.

Magdeburg, 5. Febr. Gestern hielt der Ausschuss zur Vorbereitung der Wahl eines zweiten Bürgermeisters der Stadt Magdeburg wieder eine Sitzung ab, in der er seine Vorarbeiten beendet. Bei der Abstimmung erhielten der „Magd. St.“ zufolge die Herren Stadtrat Sam-Magdeburg, Stadtrat Dr. Luther-Magdeburg, Erster Bürgermeister Schmiedel-Koburg und Bürgermeister Dr. jur. Bahn-Bozhaben die meisten Stimmen. Es wurden auf die engere Wahl gesetzt und sollen in der nächsten Stadterordnetenversammlung vorgeschlagen werden.

Bau moderner Wohnungen.

Kalenbeib, 4. Febr. Es herrscht hier seit etwa einem Jahre ein derartiger Mangel an gütlichen Mietwohnungen, daß man von einer wahren Kalamität sprechen muß. Da hierdurch der Zu-

zug wohlhabender Leute nach Kalenbeib stark beeinträchtigt wird (Beweis: es gehen fortwährend Anfragen beim Magistrat ein, die über einen Zugang nicht im Gefolge haben, weil passende Wohnungen nicht nachgewiesen werden können), hat sich die Stadt entschlossen, auf den Bau von Mietshäusern mit modernen Wohnungen eine Förderung einzuräumen, indem die städtische Spar- und Leihkasse zu ermäßigtem Zinsfuß von 3% Prozent an Baukosten gewährt. Der Gemeinderat stellte heute eine Summe bis zu 100 000 Mark zur Verfügung.

Einsprüche gegen eine Fabrikanlage.

Oberöberringen a. S., 4. Febr. Wie mitgeteilt, beschäftigt die Gemerschaft Oberöberringen am See in der Gemerschaft Oberöberringen am See eine Fabrik zur Verarbeitung von Kalitrochsalzen auf Chloralkalium, Schwefelwasserstoff, Schwefelwasserstoff, Kaliumchlorid, Kaliumbromid und Brom zu erziehen und die Abwässer dieser Fabrikanlage durch die Rohrleitung der Müllabfuhrwerke in die Soale bei Pöhlitz einzuleiten. Gegen die Einleitung der Abwässer haben Einwendungen erhoben: die Magistrate von Magdeburg und Calbe a. S., sowie die Gemerschaften Salz- und Zappendorf, Krügershall u. Teufenthal, das Kalinert „Saale“ und die Hallischen Kalinerte zu Salletau, Johannishall u. Treibitz bei Wettin, Hebrungen, Sagenburg und Salzenburg. In Vertretung der Einwendungen fand heute vormittag im Landratsamt eine öffentliche Termin an. Da die Einwendungen nicht zurückgezogen wurden, hat sich nach der Zeitschrift aus dieser Angelegenheit zu beschließen.

Die Bewegung in der Schuhfabrik.

Weihenau, 5. Febr. Die Schuhfabrikanten beschließen gestern abend, nachdem in sämtlichen Fabriken die Kündigung eingereicht war, Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen anzubahnen.

Schmutz.

Apolda, 4. Febr. In der Sitzung des Gemeinderats wurde die Mitteilung gemacht, daß Bankier Böhm, Direktor der Bank für Thüringen, Aktiende Apolda, aus Anlaß seiner kürzlichen Hochzeit der Stadt zum Besten der Jugendfürsorge 25 000 Mark gestiftet habe.

Hettstedt, 4. Febr. (Die Stadtverordneten-Ersatzversammlung) in der III. Abteilung fand folgendes Ergebnis: Es haben überhaupt 414 Wähler ihre Stimme ab. Davon erhielten: Knappschäfersche Carl Kirchg. 389, Maschinenwärter August Brunne 388, Verbandsführer Halle 21 und Gehaltsführer Seite 21. In der Wahl am 29. November erhielt Herr Halle, der damals ebenfalls als sozialdemokratischer Kandidat aufgestellt war, 173 Stimmen, während für den bürgerlichen Kandidaten, Herrn Knappschäfersche 379 Stimmen abgegeben wurden.

Eltenburg, 4. Febr. (Herrn Stadtrat Rupp) ist durch Herrn Ersten Bürgermeister Dr. Welian das Ehren-Diplom als Stadtdirektor überreicht worden.

Mühlereben, 5. Febr. (Karabiner für Schulleute) Auf für die hiesigen Schulleute wurden Karabiner (Modell 83) angekauft. Die Waffen werden von der Armeeverwaltung zum Preise von je 10 Mark zur Verfügung gestellt. Angekauft werden 25 Stück.

Reinhardt a. S., 4. Febr. (Die hiesige Realschule) soll in eine Oberrealschule umgewandelt werden. Nachdem zu diesem Zwecke durch freiwillige Sammlung 100 000 Mk. aufgebracht worden sind, bewilligte der Gemeinderat einen jährlichen Zuschuß von 18 000 Mark.

Gerichtsverhandlungen.

Strafkammer.

Halle a. S., 4. Febr.

Ein unharmonisches Vereinsvergnügen.

Am Sonntag, den 9. Oktober v. J., fand in einem Lokal in der Eichendorffstraße ein Vergnügen eines Vereins statt. Während des Tanzes ergaben sich Meinungen mit Angehörigen eines anderen Vereins. Die Unordnung wurde so groß, daß der Vorsitzende gegen 11 Uhr abends den Schluß des Vergnügens veranlaßte. Die Vereinsmitglieder entfernten sich darauf, etwa 20 Mann aber sammelten sich noch einiger Zeit wieder vor dem Lokal in offenbar feindseliger Absicht an. Es befanden sich unter ihnen der 15jährige vorbestrafte Maler Willi Schmidt, der 17jährige Malerlehrling Max Hottentrot und der 22jährige vorbestrafte Tischlergehilfe Franz Beyer. Schmidt hatte schon im Januar 1902 geurteilt: „Na, heute abend gibt's noch ein Stück!“ Als sich mehrere der im Lokal Zurückgebliebenen gegen 12 Uhr trotz der Abmahnungen des Wirtes auf die Straße wagten, ertönte sofort ein lauter Pfiff und der Ruf: „Au los, Messer raus!“ Schmidt ließ darauf einen Zigarrenhändler zweimal in den Kopf, so daß er niederstürzte und dann blutüberströmt ins Lokal zurücklief. Die Begleiter des Geschloffenen erhielten Stockschläge und Fußtritte, namentlich von Beyer und Hottentrot. Schmidt stellte sich mit erhobenem Messer vor dem Restaurant auf und rief: „Wer jetzt rauskommt, den schieße ich nieder!“ Schließlich zertrümmte sich die wütende Schar, nachdem sie sich, wie die Wirtshausleute geberdet hatte. Im Fortgehen rief einer seinem Freunde zu: „Warum hast du nicht mit dem Revolver das mitgemacht?“ Das hat keiner gemerkt. Infolge der Unfälle gegen die drei oben Genannten erhoben werden. Die Strafkammer hielt gegen solche Robetein empfindliche Strafen für geboten. Sie verurteilte daher Schmidt zu einem Jahre Gefängnis und verurteilte seine sofortige Inhaftnahme; gegen Beyer wurde auf sechs Monate, gegen Hottentrot auf zwei Monate Gefängnis erkannt.

Luftschiffahrt.

Ballon „Galle“

hat am Sonntag mit drei Nordhülern — Obergeringen Dresher und Frau und Berggärtler Liedenam als Führer — von Bitterfeld aus eine sehr schöne, wenn auch nur kurze Fahrt gehabt. Ein ungemein heftiges Schneewetter, das auch den Versuch vereitelte, die Wägen zu durchfliegen und in größeren Höhen — bis 1200 Meter — an Höhepunkt zu machen, ohne das man erlösen konnte, das Sonnenlicht zu erblenden, zwang den Ballon durch übermäßige Befüllung zu Boden. Die Landung erfolgte sehr glatt 46 Kilometer von Bitterfeld bei Sehdau unweit Torgau.

Briefkasten.

(Jeder Anfrage ist die Abnommenentwertung beizulegen.) Beamtenauskunft. Besten Dank für den freundlich übergebenen Artikel. Er befindet sich aber bereits in unserer Montagsnummer.

Vermischtes.

Mit einem Stein erschlagen.

Aus Petersburg wird gemeldet: Von ihrem jugendlichen Dienstmädchen ermordet wurde die 55jährige reiche Frau Kijarenko. Die Dienerin vollführte die Tat, indem sie die schlafende Frau mit einem Stein erschlug. Danach durchsuchte die Mörderin die Wohnung nach Geld, fand aber nichts, obwohl in einem Geheimsack 10 000 Mark lagen. Die Polizei entdeckte die Mörderin und verhaftete sie.

Das ohnmächtige „Gespenst“.

Ein tragikomisches Intermezzo unterbrach jüngst im Kleinen Theater in London die Vorstellung. Das zur Aufführung gelangende Stück war zwar nicht von Schalkspare, doch hatte nichtsdestoweniger ein Geißt darin zu erscheinen. Dessen Geißt stellte eine junge Schauspielerin mit dem recht materiellen Namen Blount. Nach wie sie die Wirtin auf der Bühne erfüllt war, wandelte das in der Nähe des Zuschauertraumes sich aufhaltende Gespenst eine rechtliche Dummheit an, und lautlos, wie einem Geißt getrieben, kam es, wie der „K.“ meinet, über die Rampe hinweg dem Publikum in der ersten Parterretribüne zu flühen. Schnell wieder zum Bewußtsein erwacht, konnte die leicht verlegte Künstlerin zu ihrer Garderobe geteilt werden, mo ihr ärztliche Hilfe zuteil wurde.

Eine Priesterin. Der evangelische Kirchenrat des Kantons Graubünden hatte sich kürzlich mit dem Gesuche einer deutschen Dame zu befassen, die in einem Bergdorf als Pfarrer zu wirken beabsichtige. Die Dame hatte alle erforderlichen theologischen Examina mit bestem Erfolge bestanden. In dieser Hinsicht fand ihrer Bewerbung nichts im Wege. Es handelt sich nun aber darum, daß sie von einer Gemeinde als Pfarrer auch gewählt wird. Die graubündnerischen Gemeinden besitzen in dieser Beziehung die denkbar größte Selbständigkeit. Dann würde wohlwollend der kantonale Kirchenrat nach nichts dagegen einzuwenden haben. In diesem Sinne wurde der Dame geantwortet.

Letzte Nachrichten.

Todessturz eines Leutnants.

HTB. Berlin, 6. Febr. (Privattelegramm.) Der 23 Jahre alte Leutnant Stein von Telegraphenbatalion Nr. 3, der zur Verbandsabteilung der Berkestruppen kommandiert war, kützte heute am Militärflugplatz in Oberick, als er im Geleiste mit einem Verpford niederging, ab. Stein wurde sofort tot. Der Unfall wurde nicht durch einen Maschinendefekt hervorgerufen, sondern ist darauf zurückzuführen, daß Stein den Apparat in zu kurzer Zeit abgefracht hat.

Ausgelieferter Defraudant.

HTB. Bolen, 6. Febr. (Privattelegramm.) Der nach Unterhaltungen im hiesigen Straß-Berein (Hilflich gemordene Journalist) und polnische Stadtratsbedurte Dr. Jawoski ist in Warschau verhaftet und auf diplomatischem Wege hierher wieder ausgeliefert worden.

Doppelselbstmord.

HTB. Nürnberg, 6. Febr. Doppelselbstmord mittels Gasanstalt verübte das Ehepaar Deucherheim in seiner hiesigen Wohnung. Deucherheim, der eine Fabrik für Viechspielwaren besaß, war 47, seine Frau 44 Jahre alt. In einem zurückgelassenen Briefe gibt der Mann fürerliche Leiden als Motiv der Tat an. Seine Frau erklärt ihr Einverständnis zum Selbstmord.

Die interparlamentarische Konferenz.

v. Brüssel, 6. Febr. Das Komitee der interparlamentarischen Union, das seit dem 4. d. M. in Brüssel zusammengetreten ist, beschloß, den interparlamentarischen Rat auf den 8. April einzuberufen. Der Rat besteht aus je 2 Mitgliedern für jedes Land. Hauptgegenstände der Verhandlungen, die wieder in Brüssel stattfinden, werden die Fortsetzung der Tagesordnung und Redaktion der Beschlüsse bilden, die der interparlamentarischen Konferenz, die am 24. Oktober zusammentritt, unterbreitet werden.

Konkurs.

HTB. Traben-Trarbach a. Mosel, 6. Febr. Der Konkurs des Weinleibeherrers und Weinhändlers Mag Huesgen hat hier großes Aufsehen hervorgerufen. Die Höhe der Verbindlichkeiten liegt nicht hoch, sie dürfte sich auf mehr als eine Million Mark belaufen. In Willkürhaftigkeit gezogen ist besonders Huesgens Schwiegermutter, über dessen Vermögen auch der Konkurs verhängt wurde.

Sturmverheerungen in Spanien.

v. Madrid, 6. Febr. Aus Castellona wird gemeldet: Während der letzten Stürme sind 30 Personen in Penitencia umgekommen und 17 Personen in Beni-Carlo verunglückt. Weiter wird ein Schiffbruch gemeldet, bei dem 9 Matrosen ihren Tod fanden.

Vermischte Drahtnachrichten.

Duisburg, 6. Febr. Ein neuer Bodenkall ist festgelegt worden. Es ist dies der fünfte; er erregte sich in einer Arbeiterfamilie.

v. Remmel, 6. Febr. Der Nordtrub bekämpft die Darlegungen der deutschen Sozialisten und behauptet, daß die deutsche Regierung manches unrichtig darstellt.

Unterhaltungsblatt.

Freiheit. Roman von Walter Schmidt-Höpler. (Fortf.) — Aus der Kulturgeschichte des Karnevals. Von Oskar Wiener (Krag). — Bunte Zeitung. — Der Wüchertisch.

Leitung. Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gerichte, Handel: Eugen Weinmann; für Ausland und Welt: Martin Kuchling; für den Inlandteil: Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Hendel. Einheits in Halle a. S. — Diese Nummer umfasst 8 Seiten. — einschließlich Unterhaltungsblatt.

